

## **Aufgaben und Ziele der Engagementpolitik im Jahr 2009**

Es sind immer mehr Menschen bereit, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Ohne dieses Engagement Freiwilliger wäre kaum die unverzichtbare Arbeit der zahlreichen Wohlfahrtsverbände, Vereine etc. vorstellbar. Deshalb benötigen wir nach wie vor und mehr denn je eine nachhaltige Engagementkultur in Deutschland, die die BürgerInnengesellschaft immer stärker Wirklichkeit werden lässt. Bürgerschaftliches Engagement kann unter anderem zur gesellschaftlichen Integration, zur Lösung sozialer Missstände sowie zum Aufbau stabiler, bürgernaher und demokratischer Strukturen beitragen. Daran müssen wir arbeiten. Aber ebenfalls daran, dass die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement, Familie und Freizeit stetig verbessert wird.

Ganz konkret möchte ich auch in diesem Jahr die „Zugangsproblematik“ angehen. Es gibt immer noch zu wenig Chancengleichheit beim Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement. Viele Menschen wollen sich engagieren, können es aber aus verschiedensten Gründen nicht.

Dies liegt zum einen an der fehlenden finanziellen Ausstattung. Für viele ist schon ein Ticket für die Straßenbahn unerschwinglich, um zu einer Veranstaltung zu fahren. Ich kenne einige Erwerbslose, die sich gerne freiwillig engagieren möchten, aber kein Geld haben, um zum Vereinssitz in den Nachbarort zu gelangen.

Zum anderen müssen die Engagementangebote auch die Menschen erreichen (wollen), denen beispielsweise die Sprache den Zugang eher erschwert. Migrantinnen und Migranten müssen sich leichter engagieren können, wenn sie es wollen. Denn ihre Erfahrungen und ihr Wissen sind ebenso wichtig und förderlich. Von Regierungsseite wurden diesbezüglich Initiativen angekündigt und teilweise schon auf den Weg gebracht, auf deren Ergebnisse ich sehr gespannt bin.

Die so genannte Anerkennungskultur muss ebenfalls besser ausgebaut werden. Nur mit einem Händedruck in einem dunklen Hinterzimmer ist es auf Dauer nicht getan. DIE LINKE hat deshalb einige Vorschläge zur Verbesserung der Anerkennungskultur, für deren Umsetzung ich auch 2009 streiten werde:

Es muss mehr Öffentlichkeit für bürgerschaftliches Engagement zum Beispiel durch regelmäßige Berichterstattung in allen Medien – insbesondere den öffent-

lich-rechtlichen Rundfunkanstalten – geschaffen werden. Auch sollten wir über die Qualifizierung der bestehenden Internetseiten zu einem effektiven bundesweiten Portal nachdenken. Warum sollte man des Weiteren bürgerschaftlich Engagierten keinen Sonderurlaub gewähren? Zudem kämpfe ich für die Anerkennung der Weiterbildung von Ehrenamtlichen als Bildungsurlaub und bei Erwerbslosen für die Nichtanrechnung der dafür aufgewendeten Zeit auf den Urlaubsanspruch. Schließlich bleibt ein zentrales Ziel, das Angebot kostenloser Qualifikations- und Fortbildungskurse stetig zu erweitern und deren Qualität zu verbessern.

Zur Anerkennungskultur gehört gleichsam die finanzielle Anerkennung: Ich setze mich für eine Aufwandspauschale in Form einer direkten Erstattung beziehungsweise direkten Zuwendung ein, die beim Ehrenamtsnachweis ausgezahlt wird und nicht nur über die Steuererklärung als Freibetrag anrechenbar ist.

Mir ist bewusst, dass dies auch stark von der finanziellen Situation eines Vereins oder Verbandes abhängt. Dennoch sollten wir dieses Ziel nicht ganz aus den Augen verlieren.

Das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ schafft(e) vor allem steuerliche Erleichterungen. Daran ist aber zu kritisieren, dass Ehrenamtliche, die überhaupt keine Entschädigungen erhalten, sondern ausschließlich Kosten haben, davon nicht profitieren – ebenso wenig wie Menschen, die keine Steuern zahlen (Erwerbslose, RentnerInnen, Studierende etc.).

Auch in 2009 werde ich weiter auf eine Problematik aufmerksam machen, die die anderen Fraktionen im Bundestag allzu gerne übergehen oder lediglich mit Lippenbekenntnissen abhandeln: Auf das soziale, aufopferungsvolle Wirken der Engagierten kann und darf man nicht verzichten. Zunehmendes bürgerschaftliches Engagement und die wachsende Selbsthilfebewegung sind jedoch zum Teil das Ergebnis von enormen Leistungskürzungen am Sozialstaat. Die massiven Einschnitte der vergangenen Jahre in das soziale Netz kann und darf Ehrenamt aber nicht ausgleichen. Es darf nicht dort als Lückenbüßer missbraucht werden, wo sich der Staat aus seiner sozialen Verantwortung und der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückzieht.